

Die "Freiheit" erscheint wöchentlich am Samstag und Montag... Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Jahre für Großstädte 10,- M. im voraus zahlbar...

Die schlagendsten Kampfsprüche über den Raum jeder 5.- M. einschließlich... Besondere Anzeigen laut Tarif... Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An das deutsche Proletariat!

Die kommunistische Taktik ist zusammengebrochen. Phantastische Uberschätzung der Gewalt, völlige Einsichtslosigkeit in die wirklichen Machtverhältnisse, Mangel an Verantwortungsgefühl verführten die kommunistische Partei immer wieder zu sinnlosen Putschereien. Sie verhinderten immer wieder die Schaffung einer geschlossenen Arbeiterfront gegen die kapitalistischen Verelendungstendenzen und lähmten den Kampf um die Macht.

Zu einem Verhängnis für die deutsche Arbeiterklasse drohte diese Politik zu werden, als die kommunistische Partei sich in völlige Abhängigkeit von den Moskauer Machthabern begab. Der zusammengebrochene kommunistische Putsch war die erste praktische Anwendung jener Moskauer Thesen, die wir von vornherein als Unglück für die Arbeiterbewegung aller Länder erkannt hatten. Wenn der Zusammenbruch auf die kommunistische Partei beschränkt bleibt, so ist das der Ablehnung der Moskauer Bedingungen und der unabhängigen und selbständigen Politik unserer Partei zu danken.

Der Gegner, der der Arbeiterbewegung aus ihren eigenen Reihen entstanden war, ist abgewiesen dank der immer mehr wachsenden Einsicht der Massen, die den Moskauer Parolen die Gefolgschaft versagen. Die wahrhaft revolutionären, den sozialistischen Gedanken ergebenden Teile der kommunistischen Partei werden aus den furchtbaren Lehren die Konsequenzen ziehen und erkennen, daß sie irreführend worden sind. Die Gesundung der Arbeiterbewegung wird dadurch mächtig gefördert. Sie kann sich jetzt endlich wieder ihrer einzigen Aufgabe ungehindert zuwenden, dem Kampf gegen die politische Reaktion und gegen die ökonomische Unterdrückung. Denn niemals darf die Arbeiterklasse vergessen:

Der wahre Feind steht rechts!

Die kommunistische Putscherei hat der kapitalistischen Reaktion neuen Mut gegeben. Sie glaubt, daß die Arbeiterklasse geschwächt und ihren Anschlügen ausgeliefert ist. Diese Hoffnung muß zerschanden gemacht, schon den ersten Regungen der Reaktion muß begegnet werden.

Ausnahmegerichte sind eingesetzt. Die Schrecken der Klassenjustiz werden vermehrt. Rapp-Verbrecher kommen nicht einmal vor die ordentlichen Gerichte, irreführende Arbeiter aber sollen unter dem Schein eines Rechtsverfahrens reaktionärer Rache geopfert werden. Hinter der Klassenjustiz taucht die Reichswehr auf. Sie ist bereitgestellt...

Wir protestieren mit aller Schärfe gegen diese Maßnahmen. Wir plädieren nicht für die gemeinen Verbrecher, die den Putsch zur Befriedigung ihrer niedrigen Gelüste ausgenützt haben, ebensowenig für die Spitzel und Provokatoren der Konterrevolution, die ihre schmutzigen Hände in Spiele hatten. Wir wenden uns aber mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Arbeiter, die aus politischen Motiven gehandelt haben, der Rachejustiz reaktionärer Ausnahmegerichte ausgeliefert werden. Die Reaktionäre mögen sich gefast sein lassen, daß die Arbeiterschaft willens ist, jeden reaktionären Putsch mit allen Mitteln des proletarischen Klassenkampfes niederzuschlagen.

Fort mit den Ausnahmegerichten!

Fort mit der Reichswehr!

Ein Ende mit der Gewalt! Was jetzt not tut, das ist Arbeit und Brot.

damit die Massen vor hoffnungsloser Verzweiflung, vor völliger Verelendung gerettet werden.

Stets haben wir unsere vornehmste Aufgabe darin erkannt, die physische und geistige Kampfkraft der Massen zu stärken. Ohne je das Ziel der völligen Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Ange zu verlieren, hat unsere Partei immer alles daran gesetzt, alle proletarischen Kräfte für

die unmittelbaren Lebensinteressen des Proletariats zu vereinen. Insbesondere gelten unsere Anstrengungen dem

Kampf gegen die furchtbaren Folgen der Arbeitslosigkeit,

dem sozialen Untergrund der letzten schweren Ereignisse. Schon in unserem Manifest von Halle haben wir die Massen aufgerufen, sich einzusetzen für ausreichende Arbeitsgelegenheit im Interesse der Arbeitslosen, für die durchgreifende Erhöhung ihrer Unterstützung, die ihnen das Existenzminimum garantieren muß, das unter Mitwirkung der Betriebsräte und Gewerkschaften festzusetzen ist. Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit muß erstrebt werden, um die Arbeitslosen in die Betriebe zu bringen. Die Bauaktivität muß in umfassendem Maße aufgenommen werden, um Arbeit und Wohnungen zu beschaffen. Die auswärtige Krise muß durch Verhandlungen beendet werden, um unsere Exportindustrie vor Stilllegung und Arbeitsverringering zu bewahren.

Auf der Wiener Konferenz haben wir die Vereinigung der sozialistischen Kräfte der beteiligten Länder angebahnt, um den gemeinsamen Kampf zur Beendigung des Wirtschaftskrieges zu organisieren. Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß unsere Initiative auch die anderen Arbeiterorganisationen zu aktiverem Vorgehen veranlaßt hat. Umfassende soziale Fürsorge, durchgreifende Arbeiterpolitik auf allen Gebieten ist erforderlich, sollen die Massen vor den furchtbaren Kriegsfolgen bewahrt werden.

Wir rufen unsere Genossen auf, mit erneuter Energie alle Kraft für die Stärkung unserer Partei im Interesse des gesamten Proletariats einzusetzen.

Sammet die Massen! Nehmt die Verzweigten und Entmutigten heran! Erfüllt sie mit Vertrauen zur sozialistischen Bewegung und mit neuer Siegeszuversicht! Nehmt sie ein in die proletarische Kampffront! Nehmt Euch Eurer verfolgten Arbeitsbrüder in den Betrieben an, schüßt sie vor der Rache der Unternehmer! Lebt proletarische Solidarität!

Der Abwehrkampf des Proletariats gegen die reaktionären Maßnahmen, das Ringen um Arbeit und Brot erfordert die Geschlossenheit der Arbeiterklasse.

Sorgt dafür, daß Ihr bereit seid, wenn wir Euch rufen! Deshalb stärkt die Organisationen, schult die Massen, verbreitet die Parteipresse! Damit schafft Ihr die Vorbedingungen für neue erfolgreiche Kämpfe, führt den planmäßigen Klassenkampf des Proletariats.

Vor allem müssen jetzt alle sozialistischen Arbeiterorganisationen zu gemeinsamen Aktionen

gegen die Not der Arbeitslosigkeit und das Wohnungselend

zusammengeschlossen werden. Die Forderungen der Gewerkschaften an die Regierung nach sofortigen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Wiederaufnahme der Bauaktivität werden von uns unterstützt. Aufgabe unserer Genossen in den gewerkschaftlichen Organisationen ist es, führend und vorantreibend zu allen Fragen der sozialen Fürsorge Stellung zu nehmen und die ganze Macht der Organisationen für die Hebung der Lebenslage der arbeitenden Masse in Bewegung zu setzen. Aus diesen Aktionen werden sich neue Kämpfe und immer höhere Aufgaben ergeben. Denn nur in den Kämpfen um die praktischen Tagesfragen vereint sich das Proletariat zur geschlossenen Front, entwickelt sich planmäßig auf immer höherer Stufenleiter der Kampf der Klassen bis zum

Sieg des Proletariats und Triumph des Sozialismus.

Nach dem Kronstädter Aufstand

Von L. Martow
II.

Als Mitte Februar in Petersburg eine neue Arbeiterbewegung entstand, die sich in politischen Rundgebungen ausdrückte, wollten auch die Kronstädter ihre vom Oberkommando abgeschafften Rechte wieder herstellen. Es kam zu den Versammlungen auf den Schiffen. Wie die Dinge lagen, ist kein Anlaß vorhanden, den lügenhaften Meldungen der offiziellen Presse zu trauen, daß die Sozialisten (Mensheviks und Sozialrevolutionäre) bei dieser Bewegung eine bedeutende Rolle spielten. Durch das terroristische Regime, das in Kronstadt seit drei Jahren herrscht, ist es ganz ausgeschlossen, daß eine geheime „Zelle“ von Anhängern dieser Parteien auch nur bestehen konnte. Dagegen ist es klar, daß die Initiative in dieser Bewegung von den Matrosen ausging, die noch eben zu der kommunistischen Partei hielten und jetzt auch nur organisatorisch, nicht aber prinzipiell mit ihr brachen. Alle Rundgebungen der revoltierenden Matrosen bestätigten diese Vermutung sowohl durch ihren Stil, als auch durch ihre Kampfsprüche. Neben den kommunistischen Matrosen spielten in der Bewegung auch die Anarcho-Syndikalisten eine Rolle, die in Kronstadt gebildet waren. Die Matrosen formulierten ihre Forderungen auf den Versammlungen, die uns leider nicht bekannt sind, die sich aber ganz in dem Rahmen der korporativen Rechte gehalten haben müssen.

Die Regierung lehnte eine Petition der Matrosen ab. Es wurde trotzdem eine Delegation von Kronstadt nach Petersburg geschickt. Sie wurde von Trotsky verhaftet. Die Matrosen-Ausschüsse wurden durch einen Befehl als aufgelöst erklärt. Eine Militärexpedition landete in Kronstadt. Inzwischen hatten die Matrosen des „Petropawlof“ die Neuwahlen zum Kronstädter Sowjet gefordert. Das Regierungskommuniké sagt, daß, obwohl die Forderung von ihr angenommen wurde, die Revolte doch ausgedehnt sei, nur weil für die Wahlen ein anderes Gebäude bestimmt wurde, als die Matrosen wollten. Das klingt etwas ungläublich, und demjenigen, denen die Praktiken der bolschewistischen Regierung bekannt sind, ist es klar, daß es sich hier um einen Versuch der Behörden handelte, die Matrosen zu hintergehen, indem sie die Wahlen so organisierten, daß der Wille der Massen auf keinen Fall zum Ausdruck komme. Kurz und gut: ob aus dem Konflikt über die neuen Wahlen, wie das Regierungs-Kommuniké behauptet, oder ob als Antwort auf die Verhaftung ihrer Delegation, wie die Matrosen erklärten, brach am 2. März die offene Revolte auf dem „Petropawlof“ aus, die sich sehr rasch der ganzen Flotte und der Stadt ohne jedes Blutvergießen bemächtigte.

Der erste Schritt der Regierung war, die ganze Bewegung als Resultat eines Komplottes zwischen den „Agenten der Entente“ und den Sozialisten zu schildern und ihr einen Hauptchef in der Person des „jarkischen Generals Koslowky“ zu schenken. Man hat sogar den General feierlich „außerhalb des Gesetzes“ gestellt. Die Matrosen haben vom ersten Moment an diese Behauptung als vornehmlich erklärt, indem sie die Liste der Mitglieder ihres revolutionären Komitees veröffentlichten, das von den Matrosen Petritschenko, Archipoff und Jakowenko geleitet war, und nur aus Matrosen bestand. „Der einzige wirkliche General, der sich in Kronstadt befindet“, so sagen die Matrosen in einer Proklamation, „ist Kusmin, ihn aber halten wir im Kerker fest.“ Kusmin ist der Kommissar der baltischen Flotte, der von Trotsky nach Kronstadt entsandt wurde, um auch in der Marine eine „eiserne Disziplin“ einzuführen, und der bei Ausbruch des Aufstandes verhaftet wurde. Es ist zu bemerken, daß, wenn auch Koslowky sich auf die Seite der Revolte stellte, man hier nicht von einem jarkischen General sprechen kann, denn der Regimentskommandeur Koslowky war einer der sehr wenigen Offiziere, die gleich nach der Novemberrevolution zu den Bolschewisten übergingen und seit dieser Zeit an allen inneren Kriegen Sowjetrußlands gegen die konterrevolutionären Armeen an leitenden Stellen teilnahmen.

Alle weiteren, durch die kommunistischen Redakteure im Ausland slavisch wiedergegebenen Erklärungen der Sowjetregierung stehen auf demselben Niveau der Wahrhaftigkeit.

Den Verleumdungen der Sowjetregierung stellten die Matrosen in ihrer „Iswestija“ folgende Programm-erklärung gegenüber:

Durch die Novemberrevolution hoffte die Arbeiterklasse ihre Befreiung zu erreichen. Das Resultat war eine noch größere Verelendung des Arbeiters als früher. Durch die Festlegung der Arbeiter an die Arbeit hat man eine neue Sklaverei geschaffen. Die elementaren Bedürfnisse, durch die das Bauerntum seinen Protest ausdrückt, und die durch die Not erzwungenen Streiks der Arbeiter werden mit Massenerschießungen nach der Methode der zaristischen Generale unterdrückt. In einem Meer von Blut erstickten die Kommunisten alle großen Parolen der Arbeiterrevolution. Nein, die russische kommunistische Partei ist keine Vertreterin der arbeitenden Massen, die ihr fremd sind. Nachdem diese Partei die Macht erobert hat, hat sie immer mehr, diese zu verlernen und hält alle Mittel für zulässig, sie zu halten: Verdrängung, Gewalt, Verleumdung. Mord und Rache gegen die Feinde der Aufständischen. Aber die Geduld des Volkes ist zu Ende. Hier und da brachen Aufstände aus, streikten die Arbeiter. Die bolschewistischen Genossen aber bemühten sich mit allem

Berlin, den 2. April 1921.

Das Zentralkomitee
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mitteln das Kommen der dritten Revolution zu verhindern. Und dennoch kam sie und vollzieht sich durch die Arbeiter selbst. Hier in Kronstadt ist der erste Stein der dritten Revolution gelegt worden, die einen breiten Weg öffnen wird für den sozialistischen Aufbau. Durch diese Revolution werden die Arbeitermassen des Westens und des Ostens belehrt, daß das, was bis jetzt in England geschah, noch kein Sozialismus war. Die Arbeiter und die Bauern werden unausfallsam weitergehen, indem sie weber bei der Konstituante mit ihrer kapitalistischen Ordnung noch bei der kommunistischen Parteifiktur mit ihrem die Arbeitermassen erscheidenden Staatskapitalismus bleiben werden. Die neue Revolution wird den Arbeitern erst die Möglichkeit geben, die freigewählten Räte, frei vom Gewaltsdruck einer Partei, und ihrer fehligen einflussierten Gewerkschaften, in freie Verbindungen der Stadt- und Landproletariat und der geistigen Arbeiter umzubilden.

Auf alle Verleumdungen können wir erwidern: **Die Macht den Sowjets!**

Im Aufrufe: „An die Proletariat der ganzen Welt“, der gegen die Beschließung der Stadt Kronstadt durch die bolschewistische Führung protestiert, schreibt am 13. März das „Provisorische Revolutions-Komitee“:

„Möge das Proletariat der ganzen Welt erfahren, daß wir für die wirkliche Macht des arbeitenden Volkes kämpfen.

Der blutdürstige Trotski, der gemästete Sinowjew kämpfen für die Macht der kommunistischen Partei.

Möge das Proletariat der ganzen Welt erfahren, daß die Verbrecher dem Volke die Wahrheit verheimlichen, indem sie über uns die Verleumdung verbreiten, als wären wir durch die zaristischen Generale geleitet... Den Befreiungskampf von dem Joch der Parteifanatiker werden wir bis zum Siege führen oder wir werden sterben mit dem Rufe:

„So leben die freigewählten Sowjets!“

Als charakteristischsten Zug der ganzen Bewegung muß man ihren festen Willen betonen, jede terroristischen Maßregeln zu vermeiden. Das Revolutions-Komitee rühmt sich in seinen Kundgebungen damit, daß die verhafteten bolschewistischen Kommissare gut behandelt wurden und daß man in Kronstadt davon abgesehen habe, den Belagerungszustand einzuführen und die Mitglieder der kommunistischen Partei zu verhaften. Es ist der neue Geist, der die russischen Volksmassen durchdringt, als eine tiefe Reaktion gegen den unerschrocken langen tobenden Terrorismus.

Aus den angeführten Zitaten sieht man mit voller Klarheit, daß der Zustand nicht nur materiell, sondern auch geistig aus jenen Volksschichten hervorgegangen ist, die die bolschewistische Revolution durchgeführt haben, und nicht aus jenen Schichten, die unter dem Einfluß der sozialistischen, nicht kommunistischen Parteien standen. Und gerade darin liegt ihre symptomatische Tragweite. Der Prozeß der inneren Auflösung des Bolschewismus hat jenen Grad erreicht, wo er in offenem politischen Kampf seinen Ausdruck finden muß. Und weil die Partei den Volksmassen gegenüber keine andere Politik treiben will als die des Terrorismus, so mußte dieser Kampf die Form des Bürgerkrieges annehmen.

Es erscheint aber völlig ausgeschlossen, daß die Notwendigkeit, eine aus bolschewistisch-gestimmten Kreisen geborene Bewegung mit terroristischen Mitteln zu unterdrücken, ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung der bolschewistischen Partei selbst bleibt. Die drohende Gefahr einer völligen Selbstjollierung von der Arbeiterklasse muß in den am wenigsten durch die Diktatur korrumpierten bolschewistischen Parteikreisen eine gesunde Reaktion hervorrufen. Jetzt erst sind vielleicht die Voraussetzungen geschaffen, die es ermöglichen, den Aukuenkampf, in dem bis heute die inneren Widersprüche der bolschewistischen Partei ihren Ausdruck fanden, in einen prinzipiellen Kampf der gemäßigten, zu jugendlichen geistigen bolschewistischen Richtung gegen die bürokratische, terroristische Richtung umzuwandeln. Das würde für eine friedliche weitere Entwicklung der russischen Revolution von großer Bedeutung sein.

Allerdings kann man schon heute die extreme militärische Tendenz in dem bolschewistischen Terrorismus für liquidiert halten. Durch Trotski, Bucharin, Dzerzhinski und Rakowitsch vertreten, stellte diese sich das Ziel, die Soldaten und Arbeiter zum slavischen Gehorsam zu bringen. Der Generalkrieg und der bewaffnete Aufstand werden den Bolschewikern wenigstens auf einige Zeit die Lust nehmen, weiter mit dem Feuer zu spielen. Lenin wird Mittel und Wege finden, um den ihm nicht erst seit heute unangenehm gewordenen „Marshall“ fastzustellen.

Durch alle diese Vorgänge wird für die russische Sozialdemokratie ein günstiger Boden für ihre Aufklärungsarbeit geschaffen, die sich nach wie vor das Ziel stellt, die revolutionäre Einheitsfront des russischen Proletariats und seine Kampfgemeinschaft mit dem Kleinbauerntum wiederherzustellen. Der Verzicht auf den maximalistischen Utopismus und die terroristische Diktatur der Minderheit und die Rückkehr zum marxistischen Realismus in der wirtschaftlichen Politik wird auch die politische Freiheit im gesellschaftlichen Leben wiederherstellen.

Die Rachejustiz

Endlich hat auch der „Vorwärts“ eingesehen, daß die Ausnahmegerichte eine große Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung darstellen, und er meint, es müsse ein Weg gefunden werden, der die Erledigung der schwebenden Strafaten ermöglicht, ohne die Angeklagten der Rechtsmittel zu berauben, die ihnen die Strafprozessordnung zubilligt.

Aber anstatt aus dieser Erkenntnis auch die entsprechenden Folgerungen zu ziehen, und die sofortige Aufhebung der Sondergerichte zu verlangen, wendet er sich gegen diejenigen, die aus dem Erlaß von Ebert eine Verantwortlichkeit für die Folgen des Wirkens der Ausnahmegerichte abgeleitet haben. Damit ist der „Vorwärts“ auf dem besten Wege, den Eindruck zu erwecken, als ob seine Verurteilung der Sondergerichte nur rein platonisch zu nehmen ist.

Dieser Eindruck muß um so mehr erweckt werden, als der „Vorwärts“ nach wie vor diejenigen, die sich gegen die Sondergerichte wenden, der parteipolitischen Motive bezichtigt. Das ist ein völliges Auserachtlassen der Tatsache, daß die Verurteilung der Sondergerichte unter der Arbeiterklasse ganz allgemein ist und unter den Mitgliedern der rechtssozialistischen Partei genau so stark wie unter den unabhängigen Arbeitern ist. Und mit Recht machen alle Arbeiter den oder diejenigen, die diese Ausnahmegerichte eingesetzt haben oder an ihnen festhalten, verantwortlich für alles, was an Rachejustiz von ihnen ausgeht. Diese Verantwortung kann der „Vorwärts“ durch ein paar bedauernde Worte gewiß nicht aus der Welt schaffen.

Ebenso wenig aber durch den Hinweis, daß unser Genosse Lipinski in Sachen auch die Aufgabe zu erfüllen habe, die Allgemeinheit vor verbrecherischen Anschlägen einer kleinen Minderheit zu schützen. Das hat nicht nur Lipinski in Sachen getan, das hat die Unabhängige Sozialdemokratie überall als ihre Aufgabe angesehen.

Damit aber ist die Ausrichtung einer Ausnahmejustiz, die sich nicht nur gegen Verbrecher richtet, sondern gegen die Arbeiterklasse überhaupt, in keiner Weise in Vergleich zu setzen. Im übrigen aber ist der Hinweis auf Lipinski für die Rechtssozialisten nur eine Verurteilung. Denn gerade Lipinski hat vor einigen Monaten während der Arbeitslosen demonstration vor dem sächsischen Landtag den Beweis geliefert, daß man auch in ersten Situationen ohne im Konflikt mit seinen sozialdemokratischen Grundsätzen zu geraten, die Ordnung aufrechterhalten kann.

Der Mord an Solt

Die Erschießung Solt's hat in der gesamten Berliner Arbeiterklasse große Erregung verursacht, die sich noch andauernd steigert. Der größte Teil des Berliner Proletariats hat die Politik, die Solt vertreten hat, mit großer Entschiedenheit abgelehnt. Ihrer klaren und festen Haltung ist es auch gelungen, daß alle putschistischen Versuche der Kommunisten gerade in Berlin vereitelt worden sind. Aber die Arbeiter werden es ebenso wenig dulden, daß die Reaktion nun ihrerseits in ihre alten schrecklichen Methoden zurückverfällt, und so wenig sie sich provozieren läßt, so wenig läßt sie sich einschüchtern.

Die Erschießung von Solt ist eine abscheuliche Untat. Sie bleibt es, selbst wenn alle offiziellen Darstellungen so wahr sind, wie sie es wahrscheinlich nicht sind. Wenn einmal angenommen, Solt hätte dem Volkstribunal einen Schlag verfehlt und wäre ein paar Treppen hinauf- oder heruntergesprungen, seit wann rechtfertigt das die Vernichtung des Menschenlebens? Daß ein Fluchtversuch in dem sehr gut bewachten Polizeipräsidium unmöglich gelingen konnte, wußte selbstverständlich der Beamte ganz genau. Hier gibt es kein Entinnen, hier war die wohlüberlegte Tötungsabsicht vorhanden.

Gegen diese Grausamkeit und Unmenschlichkeit richtet sich die Empörung. Wir haben im Kriege es als eine der größten Infamien empfunden, daß wehrlose Gefangene getötet wurden. Diese Infamie wird überboten durch diese Erschießung auf der Flucht. Selbst der Schwereverbrecher hat, wenn er in Gewahrsam ist, Anspruch auf das ordentliche Gericht, das allein über ihn zu urteilen hat. Wie erst der politische Gefangene. Und es ist unerträglich, daß irgend ein entmenschter Polizist oder Soldat sich anmaßen darf, Justiz zu üben. Das ist ein Hohn auf die Menschlichkeit, das ist ein Hohn auf das Recht.

Deshalb steigert es die Empörung, wenn wir sehen müssen, daß statt der Verhaftung der Schuldigen, der Versuch gemacht wird, die Schuld zu verkleinern, den Tatbestand zu verhüllen. Nicht um Solt handelt es sich, sondern um das Recht, und darum, daß politische Gefangene nicht freiwillig sind für fanatisierte Uebelthäter, wenn diese nur eine Uniform tragen.

Die Erschießung Solt's ist aber nicht nur eine herausfordernde Untat, sie ist auch ein Zeichen, daß die Reaktion glaubt, die Arbeiterschaft ungestraft provozieren zu können. Da mögen sich die Herrschaften gesamt lassen, daß trotz der kommunistischen Tarheiten die Kraft der Arbeiterklasse im ganzen noch ungebrochen und groß genug ist, um allen gegenrevolutionären Versuchen mit der notwendigen Schärfe entgegenzutreten zu können.

Wie die P. P. N. mittelt, wird vermutlich der Staatsanwalt zur völligen Klärung des Vorfalls und um die vorhandenen Aussagen wirklich festlegen zu können, Strafantrag wegen Mord gegen den in Frage kommenden Polizeibeamten erheben.

Die Haltung der Elektrizitätsarbeiter

Wie wir bereits im gestrigen Abendblatt mitgeteilt haben, tagte gestern eine Funktionärskonferenz der Berliner Elektrizitätsarbeiter, um über Maßnahmen, wegen der Ermordung Solt's zu beraten. Die Konferenz, die von morgens 9 Uhr bis in die Nachmittagsstunden tagte, hatte sich mit mehreren Anträgen zu beschäftigen, die gemäß dem Beschluß der Vollversammlung der Elektrizitätsarbeiter verlangten, daß sofort eine Protestaktion unternommen wird. Sehr sympathisch wurde ein Antrag von der Mehrzahl der anwesenden Funktionäre aufgenommen, der verlangte, daß am Tage der Beerdigung des ermordeten Solt in einem Proteststreik eingetreten wird, der von morgens 3 Uhr bis nachmittags 6 Uhr dauern soll. Bevor über diese Anträge abgestimmt wurde, wurde eine Kommission gewählt, die mit dem Polizeipräsidenten Richter Rücksprache nehmen sollte, um Aufklärung über den Vorgang bei der Ermordung Solt's zu erhalten. Nach Rückkehr der Kommission berichtete diese, daß der Polizeipräsident Richter die bindende Zusage gegeben hatte, alles daran zu setzen, um volle Klarheit zu schaffen.

Nachdem sich die Konferenz eingehend mit der gegebenen Situation beschäftigt hatte, wurde nach einer sehr erregten Diskussion beschlossen, solange mit einer Aktion zu warten, bis ein genauer Bericht vorliegt. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die bei der Untersuchung der Leiche Solt's zugegen sein soll. Diese wird dann der Funktionärskonferenz einen Bericht geben, die dann ihrerseits weitere Beschlüsse fassen wird.

Die Gewerkschaften und die Untersuchung der Mordtat

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission in Verbindung mit der Ortsasfa hatte gestern Gelegenheit, mit dem Polizeipräsidenten Richter über den Fall Solt zu verhandeln. Vor dieser Verhandlung war bereits eine Kommission der Elektrizitätsarbeiter beim Polizeipräsidenten, mit denen letzterer vereinbart hatte, eine Kommission wählen zu lassen, die die Untersuchung des Falles Solt mit betreiben soll. Die anwesenden Vertreter der Gewerkschaften legten dem Polizeipräsidenten eingehend ihre Auffassung dar, wies auf die durch den Fall Solt hervorgerufene Erregung der Berliner arbeitenden Bevölkerung hin und forderten ebenfalls, bei der Untersuchung mit tätig zu sein. Der Polizeipräsident willigte in diesen Vorschlag ein, betonte aber, daß es sich nach seinem Dafürhalten nicht um eine politische Mordtat handeln kann. Er bedauerte, daß Solt überhaupt verhaftet worden sei, weil es eine politische Unklugheit bedeute.

Die nach diesen Verhandlungen eingesetzte Kommission, in die ein Vertreter des Gewerkschaftsausschusses und ein Vertreter der Ortsasfa sowie 4 Vertreter der Elektrizitätsarbeiter delegiert wurden, setzte sich mit den zuständigen Beamten des Polizeipräsidiums ins Benehmen, die zuerst durch allerlei gewundene Reden die Verhandlungen erschweren und durch die Kommission erst zurechtgewiesen werden mußten, um das vom Polizeipräsidenten gegebene Versprechen überhaupt wahrzumachen. Die Kommission verlangte bei der Vernehmung der Zeugen und des Täters anwesend zu sein. Dem wurde zugestimmt, und es soll

eine erneute Sitzung der Kommission am Sonnabend früh um 9 Uhr im Polizeipräsidium stattfinden.

Es ist sehr zweifelhaft, ob diese Kommission in der Lage sein wird, völlige Klarheit in diese dunkle Tat hineinzubringen, zumal bereits der Staatsanwalt die Angelegenheit in Händen hat und dann wahrscheinlich verlangen wird, daß in ein schwebendes Gerichtsverfahren seitens der Kommission nicht eingegriffen wird.

Das Verlöschen des Feuers

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle, 1. April.

Die hiesigen Kommunistenführer stehen rat- und hilflos vor der durch den Aufstand hervorgerufenen Situation. Sie wissen, daß die ganze künstlich ausgelegene Bewegung im Sande verlaufen ist, daß sich niemand mehr um ihre Parolen und Anweisungen kümmert. Sie haben auch längst eingesehen, daß ein Weiterführen des Streiks von den Arbeitern nur nutzlos Opfer fordert, sind aber zu feige, den Zusammenbruch offen zuzugestehen und den Abbruch des sogenannten Generalstreiks zu empfehlen. Sie wollen die Verantwortung dafür einer anderen Organisation aufbauen, um dann nach dem künftigen Scheitern ihrer Putschstatik für das nächste halbe Jahr Agitationssstoff gegen die angeblichen Saboteure des Generalstreiks in den Händen zu haben.

In Halle wird seit heute früh nur noch in einzelnen Betrieben gestreikt, und auch da nur teilweise. Die Parole, die am Donnerstagabend in einer Versammlung ausgesprochen wurde, in der kommunistische Führer sprachen, wird nicht befolgt. Der Streik wird Ende dieser Woche vollkommen zusammengebrochen sein. Mit Recht sagen sich die Arbeiter, daß es sich nicht lohnt, für die Bandenkreiche des Holz und seiner Hutmänner auch nur einen Groschen Lohn einzubüßen.

Von einer „kommunistischen Gefahr“ kann in ganz Mitteldeutschland nicht mehr gesprochen werden. Alle anderslautenden Redungen sind übertrieben, sie stammen aus reaktionären Quellen, wobei den Urhebern der Rausch der Bajer des Gedankens ist. Die Räubertraten, die in der nördlichen Gegend von Halle noch verübt werden, haben mit einer politischen Aktion nicht das mindeste zu tun. Die Banden treten nicht dort auf, wo es gelten könnte, Macht zu erobern, sie weichen vielmehr der Gefahr aus und brandschlagen unter kommunistischer Maske wehrlose Dörfer, um sich nach alter Taktik aus dem Staube zu machen, wenn Gefahr im Verzuge ist. Ein paar energische Polizeimannschaften werden mit den plündernden Banden, von denen die sozialistische Arbeiterschaft weit abzurücken muß, schnell fertig werden. Aber es scheint fast so, als ob gewisse Kreise kein Interesse daran hätten, daß diese Banden noch längere Zeit unbehelligt bleiben, damit der Reaktion die gewünschte Gelegenheit gegeben werde, auf der ganzen Front die Offensive zu ergreifen.

Außer den Bandenstreichen, die sich in der nördlichen Gegend von Halle am heutigen Tage noch zugetragen haben, flackert im sogenannten Bodwitzer Ländchen, in der Gegend von Liebenwerda bis herüber zur Lausitzer Grenze, noch ein kleines Feuerchen. Die kommunistischen Arbeiter haben dort in einigen Dörfern durch eine verspätet eingetrossene Parole die „Räterepublik“ ausgerufen. Die Reichswehr hat dieshalb eine große Aktion gegen den Bezirk unternommen. Sie gibt einen Lagebericht heraus, in dem nach bekanntem Muster die Lage sehr ernst geschildert wird. Die Reichswehr, die seit dem Rapp-Putsch nicht mehr in Aktion getreten ist, vergrößert die Gefahr absichtlich, um sich billige Vorbeeren zu holen. Tatsächlich sind an einigen Stellen unbedeutende Terrorakte vorgekommen. Ein paar Polizeimannschaften würden genügen, diesem unheimlichen Spuk ein Ende zu bereiten. Auch die Arbeiter im Bodwitzer Ländchen sind über die Lage nicht unterrichtet, es ist ihnen von den kommunistischen Führern vorgebetet worden, der Streik gehe in ganz Deutschland weiter, die Agitation sei äußerst günstig, und auf diese verlogene Parole hin, streifen im Bodwitzer Ländchen noch einige Betriebe.

Die Mansfelder Kupferhüttenbauende Gewerkschaft im Eislebener Bezirk hält ihre Betriebe noch immer geschlossen. Sie beschäftigt ungefähr 22000 Arbeiter. Auch das Penawerk hat den Betrieb noch nicht wieder geöffnet. Die Produktion wird in diesem Werk überhaupt erst wieder nach einigen Wochen aufgenommen werden können, da durch den Streik große Schäden an den Betriebsanlagen entstanden sind. Im Barackenlager des Werkes befinden sich noch einige hundert Gefangene, die vernommen werden, um die Sabotageakte festzustellen. Vor den Toren des Werkes stehen täglich Hunderte Frauen und Kinder, die um das Schicksal ihrer Angehörigen besorgt sind oder um Wiedereinstellung der Entlassenen nachsuchen. Man möchte unter diese belagerten Opfer der Moskauer Taktik die kommunistischen Führer stellen, damit sie sehen könnten, welches Unheil sie durch den verbrecherischen Putsch über ihre bisherigen eigenen Anhänger gebracht haben.

Kommunistenterror im Kreise Mürs

Eingreifen der belgischen Truppen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Düsseldorf, 1. April.

Während man sagen kann, daß allgemein im rheinisch-westfälischen Industriegebiet der kommunistische Brand nur noch unter der Asche hellenweise glimmt, steht die Lage in dem von Belgien besetzten unterrheinischen Kreise Mürs immer noch recht ernsthaft aus. Heute nachmittags sind, nachdem der Landrat seit 48 Stunden um militärische Hilfe ersucht hatte, etwa 200 von auswärts herangezogene belgische Soldaten in die Schächte 4 und 5 der Zeche Rheipreuzen eingebracht. Die Kommunisten verloren dabei Tote und Verwundete. Da das Militär nach erfolgter Aktion die Schächte sofort verließ und weiterer Schutz nicht zurückgelassen wurde, kehrten in allen Fällen die Kommunisten gleich wieder zurück, um erneut ihren Terror auszuüben. Dieser wird äußerst rücksichtslos durchgeführt. Freie und christliche Gewerkschaftler sind von den Kommunisten mit Erschießung bedroht worden (in den Fall, daß belgisches Militär eingreifen sollte). Doch ist die Drohung, soweit bekannt, nirgends durchgeführt worden. Dagegen sind die Kommunisten mit äußerster Brutalität zur Erzwingung des Streikens eingeschickter Arbeitskollegen vorgegangen, indem sie Sabotageakte verübten, so daß in einzelnen Fällen die Arbeiter sich aus den Schächten auf Beltern befreien mußten. Das ist z. B. auf der Zeche Revisen bei Homberg (gegenüber Duisburg) 150 Bergarbeitern geschehen.

Die Nachricht, daß der Belagerungszustand verhängt sei, ist falsch. Eine dahingehende Meldung der „Rheinischen Zeitung“ über Belagerungszustand im Kreise Mürs wurde auf Veranlassung der Interalliierten Rheinlandkommission sofort dementiert. Wenn nämlich der Belagerungszustand verhängt wird, geht die Macht an die Militärbehörde über, und das Scheitern der Rheinlandkommission nicht erwünscht zu sein.

Bergarbeiterstreik in England

Die Verhandlungen zwischen dem englischen Handelsminister und den Führern der Bergarbeiter sind ergebnislos verlaufen. Die Bergarbeiter sind daher in der Nacht zum Freitag in den Streik getreten und die Arbeitseinstellung wird in den bisher vorliegenden Meldungen als allgemein bezeichnet. Die Bergarbeiter stehen mit dem Arbeiter-Dreibund in Verbindung, um ihre Bewegung, falls die Situation es erfordert sollte, durch einen Parallelstreik der Eisenbahner und Transportarbeiter zu unterstützen. England steht also vor großen Erschütterungen, deren Wirkung und Ausdehnung im Augenblick noch nicht übersehen werden kann. Die Arbeiter sind durch das Verhalten der Regierung und der Grubenbesitzer in diesen Kampf getrieben worden, für den, soweit sich die Lage im Augenblick beurteilen läßt, die Vorbedingungen nicht besonders günstig sind. Ueber die Teilnahme der Eisenbahner und Transportarbeiter an der Bewegung werden allgemeine nationale Konferenzen dieser beiden Organisationen entscheiden, die in der nächsten Woche stattfinden sollen. Käme es zu einem Streik des Dreibundes, so wäre dieser die erste Aktion des gewaltigen Kartells der drei entscheidenden englischen Gewerkschaften.

Die englische Regierung trifft ihre Vorbereitungen. Sie hat, wie wir schon meldeten, zunächst den Ausnahmezustand verhängt. Der Ausnahmezustand ist möglich auf Grund eines Gesetzes, das anlässlich des Bergarbeiterstreiks im Oktober vorigen Jahres erlassen wurde. Das Gesetz erlaubt es der Regierung, ohne parlamentarische Vollmachten lebensnotwendige Betriebe zu übernehmen und weiter zu betreiben. Es gestattet ferner, Aktionen der Arbeiter, in denen die Regierung eine Störung der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln oder die Unterbindung der Verkehrsmittel erblickt, mit schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Macht die Regierung von diesen Möglichkeiten uneingeschränkten Gebrauch, so ist zu erwarten, daß die Gegenläufe der englischen Arbeiterklasse zur Regierung und Bourgeoisie in den nächsten Wochen scharf aufeinanderprallen.

London, 1. April.

„Daily News“ zufolge wird allgemein anerkannt, daß die Gefahr größer ist als je, da die Lohnherabsetzung als eine Frage angesehen wird, der sich außer den Bergarbeitern auch die übrigen Arbeiterverbände gegenübergestellt sehen werden. Der Arbeiterführer Crampton vom Nationalen Verband der Eisenbahner erklärte, der Vollzugsausschuß der Eisenbahner stehe unter dem Eindruck des Ernstes der Lage, die als der Auftakt zu einem allgemeinen Versuch einer Lohnverminderung angesehen werde. Harry Gosling vom Transportarbeiterverband sagte, die Transportarbeiter seien der Ansicht, daß die Frage nicht nur die Bergarbeiter berühre. Man erwarte, daß der Arbeiterführer Thomas, der augenblicklich an den internationalen Arbeiterkonferenzen in Amsterdam teilnimmt, nach seiner Rückkehr Ende der Woche seinen Einfluß zugunsten der Verhinderung eines Eisenbahnerstreiks aufwenden werde. Nicht offiziell verlautet, daß im Falle einer Stilllegung des Eisenbahnbetriebs der Motortransport des Landes automatisch zur Verteilung der Lebensmittel mobilisiert wird. Die gesamte Presse mißbilligt das Vorgehen der Bergarbeiter mit Ausnahme des „Daily Herald“, der erklärt, die Stilllegung sei ein Verbrechen der Bergwerksbesitzer; es handele sich hier nicht nur um einen Streik, sondern um eine Aussperrung.

Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands

2. Verhandlungstag.

Die Debatte über die Stellungnahme der Unabhängigen Arbeiterpartei zur 2. Internationale füllte fast die ganze Sitzung des zweiten Verhandlungstages aus. Schon gleich zu Beginn spielte der Vorsitzende, Genosse Wallhead, in seiner Eröffnungsrede auf diesen Gegenstand an. Nach einer eingehenden Darlegung der politischen und wirtschaftlichen Weltlage erklärte er, daß leider die internationale sozialistische Bewegung noch nicht vereint sei. Dies mag eine Schwäche bedeuten. Der Unabhängigen Arbeiterpartei fällt eine große und wichtige Aufgabe zu. Ihre Politik bewegt sich auf der Linie, welche die Wiener Konferenz vorgezeichnet hat und welche zur

wirklichen Arbeiterinternationale

führen wird. Ueber die Frage der Internationale ist es zu lebhaften Debatten gekommen. Für solche Debatten ist innerhalb unserer Partei Raum, aber es gibt keinen Raum innerhalb der Unabhängigen Arbeiterpartei für grundsätzliche Auffassungen. Man kann nicht Mitglied unserer Partei sein und gleichzeitig Anhänger eines Gebildes außerhalb der Partei, dessen Weisungen gegen den ausgesprochenen Willen der Partei durchzuführen werden müssen. Der Zeitpunkt der Entscheidung ist gekommen. Wir haben ein Recht, denen zu sagen, die formell noch Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei sind, deren Verhalten aber durchaus nicht im Einklang mit den Methoden unserer Partei steht, daß sie sich dann ehrlicher Weise einer anderen Organisation anschließen müssen. Wir wollen ungehindert durch inneren Zwist unsere Arbeit für den Sozialismus bis zum Siege fortsetzen.

Wallhead ging dann zu der Kennzeichnung der Politik Lloyd Georges

und seines Kabinetts über, deren Früchte Arbeitslosigkeit, Elend und Not sind. Zum Teil trägt daran auch die auswärtige Politik Schuld, die sich mit dem rassistischen französischen Imperialismus verbündet und Deutschland nicht zahlen läßt. Dadurch könne aber das Chaos in Europa nicht beseitigt werden. Der Zeitpunkt sei gekommen, wo man nicht mehr als Engländer, Franzose oder Deutscher handeln dürfe, sondern als Europäer.

H. Ballin, Bradford, begründete eine Resolution, die die 21 Bedingungen Moskaus ablehnt, weil in England

die russischen Methoden undurchführbar

sind, und weil die Moskauer Politik als solche abzulehnen ist. Die Arbeiter werden aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, die Reihen der Unabhängigen Arbeiterpartei zu stärken, die politische Macht zu erobern und damit eine Politik einzuhalten, durch welche an Stelle des zusammengebrochenen kapitalistischen Systems der Sozialismus gesetzt wird. In seiner Begründung der Resolution wies Ballin zunächst die ungeschicktesten Angriffe Moskaus auf Mac Donald, Snowden und Longuet zurück. Die 21 Punkte ging er einzeln durch und kam, nach einer Ablehnung derselben zu dem Schluß, daß es ihm unverständlich sei, wie ein Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei auch nur einen Augenblick glauben konnte durch die Methode der 3. Internationale zum Sozialismus zu gelangen.

George Bonson (North Gosford) wandte sich ebenfalls scharf gegen die 21 Bedingungen, deren Annahme die

Ablehnung der Unabhängigen Arbeiterpartei

an Händen und Füßen und ihre Auslieferung an eine ausländische Organisation bedeuten würde. Wohl der 21 Bedingungen sind direkt auf eine Zerstückelung der Partei gerichtet. Wie aber könne man von einer solchen Spaltung eine erfolgreiche Befreiung des Kapitalismus erwarten? England habe vor 150 Jahren seine

Revolution gegen den Feudalismus, Rußland aber erst vor drei Jahren. Untere Freunde des linken Flügels hinken deshalb der Zeit 150 Jahre nach, ohne es indessen zu wissen.

J. R. Wilson (Liverpool) brachte im Austrage von 15 Organisationen eine Resolution ein, die sich für die Annahme der 21 Bedingungen Moskaus ausspricht und diese Bedingungen als annehmbar für die Unabhängige Arbeiterpartei bezeichnet. Wilson begründete seine Resolution mit dem Hinweis, daß zwischen Sozialismus und Kommunismus doch eigentlich kein Unterschied bestehe und daß die Anhänger Moskaus die Gewalt ebensowenig lieben, wie irgendwelche Delegierten der anderen Seite. Die Anwendung der Gewalt hänge aber von dem Verhalten der Gegenrevolution ab. Wenn die Kapitalisten Gewalt anwenden, müßten die Arbeiter das Gleiche tun.

Am gleichen Sinne sprach Helen Crawford (Glasgow). Nach Beendigung ihrer Rede zogen die Kommunisten ihre Vorschläge zum Parteivorstand usw. zurück. In der Nachmittagsitzung des zweiten Verhandlungstages nahm Genosse Ledebour, der als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Konferenz beizuhönte, am Wortstande teil.

Die Debatte über die 21 Bedingungen wird fortgesetzt. Als erster sprach John Eaton (Cambridge), der gegen die Moskauer Diktatur protestierte. Die Annahme der 21 Bedingungen würde die Preisgabe des Parteikatols, die Befreiung des Parteischuldes mit Kommunisten, die kommunistische Kontrolle der Parteipresse bedeuten. Wir lassen unser Erstgeburtsrecht gegen einen Haufen abgedrohter Strafen verlaufen und

Nebenarten für ein neues Evangelium des Sozialismus

hinnehmen. Wenn Mac Donald als einer der Reformisten aus der Partei gemorfen werden soll, so fahre ich lieber mit Mac Donald zur Hölle, als mit den anderen zum Himmel.

Schapuri Saklaridze verteidigte die Moskauer Bedingungen.

Kamjan Mac Donald,

mit stürmischem Vellauf begrüßt, führte aus: „Wenn die Partei nicht die Stärke erlangt hat, die die Kommunisten wünschen, so tragen diese selbst die Schuld, weil sie während der letzten zwölf Monate getan haben, was lokale Mitglieder der Partei nicht tun durften. Wenn der Sozialismus noch nicht Wirklichkeit geworden ist, so liegt dies an der geistigen Entwicklung der Menschen. Ein neues Gesellschaftssystem läßt sich nicht mit Bajonetten aufzwingen.“ Nachdem Mac Donald die Unterschiede der beiderseitigen Auffassung dargelegt, schloß er: „Diese unterschiedliche Auffassung kann nicht überbrückt werden. Ich bitte Sie, die Resolution Bradford mit solcher Mehrheit anzunehmen, daß damit die Frage für die Unabhängige Arbeiterpartei endgültig erledigt ist.“

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde die Resolution Wilson (für die Moskauer Bedingungen) mit 521 gegen 97 Stimmen abgelehnt und darauf die Resolution Ballin (Bradford), die diese Bedingungen zurückweist, durch ein

vielhundertstimmiges Ja

angenommen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Genosse Wallhead mit 522 gegen 88 Stimmen, zum Kassierer Genosse Snowden mit 520 gegen 68 Stimmen gewählt. Mit einem Verhältnis von zehn zu eins wurde die Haltung der Delegierten zur Wiener Internationalen Konferenz gebilligt, was gleichbedeutend mit dem Anschluß an die Internationale Arbeitergemeinschaft ist, die in Wien geschaffen wurde.

Die ungarische Nationalversammlung gegen Karl

Einstimmiges Vertrauensvotum für Horthy

II. Budapest, 1. April.

Die ungarische Nationalversammlung hat heute entschieden. Sie hat sich in einer überraschend kurzen Form gegen Karl gewandt und einstimmig einen Beschlusantrag des Abgeordneten Karl Horthy, Mitglied der Partei der Kleinen Landwirte, angenommen, in welchem die Nationalversammlung den unerwarteten Besuch Karls als Maßnahme schärfsten Verrats erachtet. Gleichzeitig wurde dem Reichsoberweser Horthy einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Die größte Überraschung ist die Einstimmigkeit des Beschlusses, die darauf deutet, daß selbst die eifrigsten Anhänger Karls ihn und vor allem ihren Führer Andrássy im Stich gelassen haben.

Die Völkerverkonferenz gegen die habsburgische Restauration

II. Paris, 1. April.

Die Völkerverkonferenz hat heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Auf Vorschlag des Präsidenten beschloß die Konferenz einstimmig, eine Note an Ungarn über den Restaurationsversuch des Erzherzogs Karl zuzuschicken. Die Note erklärt u. a.: Die Alliierten erachten es als ihre Pflicht, zu wiederholen, daß eine Restauration der Habsburger in Ungarn die Grundlagen des Friedens gefährden würde, und daß diese Restauration von ihnen weder anerkannt, noch geduldet werden kann. Die alliierten Regierungen rechnen damit, daß die ungarische Regierung sich des Ernstes der Lage bewußt ist, und daß sie Maßnahmen ergreifen wird, um einen Versuch zu unterdrücken, dessen Erfolg für Ungarn katastrophale Folgen haben würde.

Der Text der Note ist dem Chef der ungarischen Delegation sowie den Pariser Vertretern der an Ungarn grenzenden Staaten übergeben worden.

Karls Rückreise

Wien, 1. April.

Die Abendblätter melden, daß die Rückreise des ehemaligen Kaisers Karl in einem Sonderzuge erfolgen soll, welcher unter dem Schutze der Entente stehen wird. Der Kaiser soll von zwei enghischen Staboffizieren begleitet werden. Wien wird in der Nacht gesperrt. Die Stationen werden zur Zeit der Durchfahrt gesperrt werden.

Die „Telegraphen-Union“ verbreitet eine Reuters-Meldung, wonach der Staatsstreik in Budapest vollzogen sei. Horthy habe keine Macht an den Erzherzog Karl übergeben. Die Bevölkerung schloste sich begeistert an.

Da diese Nachricht von keiner Seite bestätigt wird und allen anderen Meldungen über diese Sache durchaus widerspricht, ist an ihrer Glaubhaftigkeit sehr zu zweifeln.

Die Regierungsbildung in Preußen. Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß die Demokratische Partei an dem Beschlusse ihres Parteiaussschusses festhalte, daß für die neue Regierung von Preußen eine möglichst breite Basis in Harmonie mit der Reichsregierung zu gewinnen sei.

Aufhebung der österreichischen Sektion der Wiener Entente-Kommission. Die Repräsentationskommission hat beschlossen, vom 13. April an die österreichische Sektion der Kommission in Wien mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage aufzuheben. Ein kleines Bureau wird in Wien belassen werden. Die österreichische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt.

Aufhebung der Getreide-Zwangswirtschaft in Frankreich. Am 1. Mai wird die Zwangswirtschaft von Brotgetreide aufgehoben.

Zunehmende Einwanderung nach Kanada. Wie die „N. Y. Tel.“ aus Ottawa mittelt, hat die Einwanderung nach Kanada gegen das Vorjahr um 25 Proz. zugenommen.

Reaktionäre Diktatur in Bayern

Aus München meldet die „Telunion“, daß die dortige Polizeidirektion künftighin kommunistische Versammlungen nicht mehr genehmigen wird. Die Münchener Polizeidirektion, an deren Spitze Herr Böhner, die rechte Hand des Herrn v. Kahr, steht, gibt dazu die folgende Begründung, daß Leute, „die sich selbst außerhalb der Verfassung stellen, nicht auf die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit Anspruch erheben können.“

Wo das Recht gebrochen wird, fehlt es natürlich nie an der rechtlichen Begründung des Rechtsbruchs. Daß diese im vorliegenden Falle geradezu lächerlich und dumm und vor allen Dingen ungesetzlich ist, braucht wohl nicht in einzelnen nachgewiesen zu werden. So lange Staatsbürger innerhalb der Staatsgrenzen ihre politische Tätigkeit ausüben, ganz gleich mit welchen Mitteln, genießen sie die Rechte der Verfassung genau so, wie sie den Grenzen verfallen, die die Verfassung zieht. Bedient sich die politische Tätigkeit ungesetzlicher Mittel, so kann ihr der politische Prozeß gemacht werden, aber ebenfalls nur innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen. Ein „Außerhalb-der-Verfassung-Stellen“ gibt es rechtlich überhaupt nicht.

So ist das Vorgehen der Herren Kahr und Böhner ein glatter Verfassungsbruch. Dieser dürfte den Herrschaften allerdings nicht allzu schwer werden, da sie in dieser Hinsicht keine Verantwortung zu tragen haben. Die Haltung der bayerischen Regierung gegenüber dem Reich in der Entwaffnungsfrage grenzt ja ebenfalls hart an Verfassungsbruch. Aber über diese rechtliche Unmöglichkeit hinaus ist es unerhört und aufs schärfste zurückzuweisen, daß die Mitglieder irgendeiner Partei politisch rechtlos gemacht werden sollen. Gegen diese Diktatur wendet sich die Arbeiterschaft auf das entschiedenste.

Eine weitere Meldung der „Telunion“ besagt, daß Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter auf der Polizeidirektion Vorstellungen erhoben gegen die Verhaftung von Kommunisten, die Beunruhigung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen haben, weil das Gefühl herrsche, daß die Polizei ziele, und planlos vorgegangen sei. Demgegenüber erklärte die Polizeidirektion, daß nun in den dringendsten Fällen zu Verhaftungen geschritten worden sei, daß aber kommunistische Versammlungen in München stattgefunden haben, in denen von Generalstreik und Dynamikattentaten in München die Rede war. Die Polizeidirektion vertraue, daß die Münchener Arbeiterschaft sich nicht zu Ungehörigkeiten verleiten lasse. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß sich die Gewerkschaften noch mit der Angelegenheit beschäftigen würden.

Ein politisches Tendenzurteil

II. München, 1. April.

Heute abend wurde im Volksgerichtsprüfung gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomas und Genossen das Urteil gefällt. Es lautet gegen Thomas und Drexler auf zwei Jahre Gefängnis, gegen den Oberrealisthler Wagerer auf ein Jahr Gefängnis. Die Bewährungsfrist wurde verweigert. Gegen das Volksgerichtsurteil gibt es keine Berufung. Das Urteil ist innerhalb 24 Stunden vollstreckbar. Der Schutz der Immunität wurde Thomas entzogen.

Hier handelt es sich um ein glattes politisches Tendenzurteil, das zum schärfsten Protest herausfordert. Der Reichstag hat die Pflicht, sofort nach seinem Zusammentritt die Freilassung von Thomas zu veranlassen.

Beschlagnahme der „Post“

Einem Artikel der mit dem „Scherischen Tag“ vereinigten „Post“ ist zu entnehmen, daß im Auftrage des Staatskommissariats für öffentliche Sicherheit zwei Kriminalbeamte erschienen, um die noch vorhandenen Nummern einer früheren Ausgabe zu beschlagnahmen, in der der offene Versuch unternommen wurde, die Sicherheitspolizei gegen die Regierung aufzuklären. Die „Post“ fühlt sich durch diesen Versuch so geehrt, daß sie sofort, wenn auch etwas verstockt, den Versuch wiederholt, die Zuverlässigkeit der Sipo gegenüber dieser Regierung zu untergraben.

Von Herrn Felix Halle erhalten wir unter Berufung auf das Prekjudiz eine sehr ausführliche Berichtigung zu unserer Notiz vom 27. Januar über „Kommunistische Wahrheitsliebe“. Von der mündlichen Wiedergabe der Berichtigung, die in keiner Weise den Anforderungen einer prekjudizialen Berichtigung genügt, können wir um so eher absehen, als ihr sachlicher Inhalt sich in wenigen Zeilen zusammenfassen läßt. Herr Halle bezeichnet es als unrichtig, daß seine Reise nach Rußland ein privates Unternehmen war; er behauptet, sie im Auftrage des Zeitungsdienstes und unter der Förderung des Zentralkomitees der U. S. B. unternommen zu haben. Mitglieder des Zentralkomitees hätten sich auch für die Erlangung der Reiseerlaubnis nach Rußland eingesetzt. Er bestreitet ferner, daß seine Reise von einem bürgerlichen Telegraphenbureau finanziert worden sei. Wir halten alle unsere Behauptungen aufrecht, verzichten jedoch im einzelnen auf den Nachweis, daß Halles Gedächtnis schwäche ebenso groß ist, wie sein Unvermögen, Tatsachen richtig zu beurteilen.

— Ausschneiden! —

Zur die

Druckfache

Hauptexpedition der „Freiheit“

Berlin G2

Breite Straße 8-9

Groß-Berlin

Schulentlassung in Reinickendorf

Schulentlassungsfeier. Rektor und Kollegium sind ernst und würdig versammelt, und die Entlassungskinder sitzen vor den anderen oberen Klassen der Schule in erwartungsvoller, etwas steifer Feierlichkeit da. Der Rektor erhebt sich zur Ansprache. Ist es nun Nahrung, die seine Rede gar nicht in Fluß kommen läßt? Immer wieder spricht er von dem „Tür hinter sich zu machen“ und „ins Leben treten“.

Na, endlich! Endlich hat er das Thema gefunden, das ihm so sehr am Herzen liegt, und mit dem er nur nicht gleich beginnen wollte.

Die böse weltliche — man denke sich! — religionslose Schule! Und nun hebt der Herr Rektor an, den ganzen Graus dieser gottverlassenen Einrichtung auszumalen. Als politisch kann er es nun freilich nicht behandeln, das würde zu sehr aufpassen. Also: „Liebe Kinder, Religionslosigkeit ist Mordanschlag! Viele von Euch haben der Religion den Rücken gekehrt, weil es neu ist und man modern sein will!“

In diesem Tone geht es weiter und siehe da, mit einem Male will sich der Fluß der Rede gar nicht mehr eindämmen lassen!

„Hört nicht auf Menschen, die Euch irgendetwas Neues vorreden wollen, von dem sie selbst nichts verstehen!“ Dann kommt die schönere Zeit vor hundert Jahren, die Zeit der nationalen Erhebung usw. usw.

Dann gibt der Herr Rektor noch ein Rezept gegen die schlechten Einflüsse der religionslosen Menschen auf den Weg: Die Dankbarkeit allein gegen die Schule müsse so stark sein, daß man nachher gar nicht zu behaupten wagt, die Religion hätte etwa zur Verdummung beigetragen!

Ueber den Geschmack läßt sich streiten; also auch darüber, ob es von einem Rektor sehr geschmackvoll gehandelt ist, die aus der Schule zu entlassenden Kinder mit einer solchen Polemik zu bombardieren. Aber danach fragen die Herren Direktoren nicht; sie handeln heute noch so, wie es in dem Schülerjah weiland Wilhelms II. zu lesen stand, nämlich, daß die Volksschule benutzt werden müsse, um der Verbreitung sozialistischer Trümler entgegenzuwirken. Da die weltliche Schule die böseste Frucht der bösen Sozialisten ist, müssen doch auch die Direktoren jede Gelegenheit benutzen, um diesem Trümler entgegenzuwirken!

Aber, liebe Leute, nur nicht ungeduldig! Wenn auch in der Schule alles beim alten geblieben ist, einen großen Fortschritt haben wir doch zu verzeichnen: Wir haben einen sozialistischen Kultusminister!

An die Schulentlassenen!

Hinter euch liegt die Schule, die Zeit des Gebundenseins und des Lernens. Gar zu lang dürrte euch die letzte Zeit und mit frohem Mute seid ihr in das Leben hinausgetreten. Ihr tretet ein in das große Heer der Schaffenden. Viele wird die Not zwingen, sofort als junge Arbeiter ihr Brot selbst zu verdienen, andere werden die Werkstätten und Kontore als Lehrlinge füllen. In euch alle wachen wir uns. Ihr steht nun neben uns und werdet bald, wie wir alle, goldene Träume der Jugend ausgeträumt haben. Auch ihr werdet die Not und die harte Fron der Arbeit verspüren, bald werdet ihr lernen, daß nur die Macht des Proletariats allein imstande ist, die herrschende Ungerechtigkeit zu beseitigen, daß alle zusammenstehen müssen, um eine neue, eine bessere Welt zu erkämpfen.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Das dem Manuskript übertragen von Germania zur Wölke. Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Göteborg 1921. (Hochdruck verboten.) (17. Fortsetzung.) Mc Ginnery nahm das Geld vom Tisch und legte es auf das Bett. „Da ist es“, sagte er. „Sobald Sie mir den Namen genannt haben, können Sie es nehmen. Aber folgen Sie meinem Rat und geben Sie es nicht gleich aus, denn wenn Ihre Information falsch ist, wird Ihnen Guffey die Arme ausdrehen.“

ein Teil des Proletariats sind. Wir wollen kämpfen für das große Ziel, für den Sozialismus, Seite an Seite mit der erwachsenen Arbeiterklasse! Doch brauchen wir Waffen zu diesem Kampf! Und die wollen wir gemeinsam schaffen. Wissen ist Macht, deshalb wollen wir lernen, Bücher und Zeitungen lesen, und mit klaren und verständigem Kopf handeln. Darum besuchen wir nicht die Kneipen, Kinos und Tanzsäle, wo wir unsere lauer verdienenden Groschen los werden und verdummen, sondern ziehen hinaus ins Freie, in die Natur, lernen all' die Schönheiten, die sie birgt, kennen und kehren fröhlich und neugehärtet zurück zum neuen Kampf. Wir wollen kämpfen für eine kürzere Arbeitszeit, für eine gründliche Ausbildung und genügenden Lohn. Kommt zur Sozialistischen Proletariatsjugend! Gemeinsam laßt uns kämpfen, gemeinsam siegen!

Zentrale Berlin der S. P. J. Die Sozialistische Proletariatsjugend veranstaltet in allen Stadtteilen Schulentlassungsfeiern. Da das Programm in allen Fällen ein rein künstlerisches ist und nur gute Kräfte zur Mitwirkung herangezogen sind, bitten wir um regen Besuch durch die Arbeiterschaft.

Die Veranstaltungen finden statt für Neukölln und Berlin-Süd am Montag, den 4. April, 6 1/2 Uhr, im Neuen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide. Konzert unter Mitwirkung des Musikvereins „Einigkeit“, Rezitation, Gen. Jachow: Ansprache sowie Aufführungen der Neuköllner Kinderreigengruppe „Die Vorelen“, Eintrittskarten zu 2 M., Kinder frei, sind zu haben in den „Freiheit“-Expeditionen, Emser Straße und Redarstraße, bei Gen. Schneider, Bellestr. 64, Krämer, Bellestr. 12.

Berlin-Weißensee. Am Sonntag, den 3. April, in der Aula des Lessing-Gymnasiums, 6 Uhr, Konzert unter Mitwirkung des Arbeiter-Mandolinen-Vereins „Widerhall“, Vieder zur Laute, Rezitationen, Ansprache des Gen. Krauß, Eintrittskarten zu 1 M. an der Kasse und bei den Abteilungsleiterinnen.

Berlin-Nord. Am Sonntag, den 3. April, 6 Uhr, in der Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25, Ansprache, Vieder zur Laute, Rezitationen, Musik und Gesangsbeiträge, Volkstänze, Eintritt 0,99 M. Karten sind bei Lohmann, „Freiheit“-Expedition, Hufschienstraße, zu haben.

Lichtenberg. Am Sonntag, den 17. April, 3 Uhr, in der Aula des Reform-Gymnasiums, Parfave, Ansprache des Genossen Neuenendor, Rezitationen, Gesang und Musikbeiträge, Volkstänze, Eintrittskarten zu 1 M. sind zu haben bei allen Parteifunktionären und im Lokal Seibte, Kronprinzstr. 47, Ecke Schornweberstraße.

Berlin-Ost. Am 17. April, 6 Uhr, in der Schulaula, Langeit. 31, Ansprache der Genossin Bed. Rezitationen, Gesang und Musikbeiträge, Eintrittskarten zu 1 M. sind zu haben bei den Parteifunktionären.

Aufruf an alle Lungenkranken!

Vom Vorstand der Lungen- und Tuberkulosekranken geht uns folgender Aufruf zu:

Leidensgenossinnen und Leidensgenossen!

Schon des öfteren haben wir an Euch den Mahnruf ergehen lassen, mit uns in Verbindung zu treten. Teilweise ist er auch befolgt, aber leider noch nicht in dem nötigen Umfang. Nach der Anzahl der Lungenkranken in Deutschland ist die Zahl derer, welche sich uns angeschlossen haben, noch lange nicht erschöpfend. Wollt Ihr denn zur Gesundung Eurer selbst, Eurer Familie nichts tun? Das müßt Ihr, es ist Eure Pflicht! Jeder weiß, daß wir einzeln nichts, vereint aber sehr viel ändern können. Jeder lungenkranken, Erkrankten bildet ein Glied der Kette, welche wir zusammenschließen wollen zu einem einheitlichen Ganzen, um dann gemeinsam die Rechte zu erringen, welche wir zu unserer Gesundung so notwendig brauchen. Ohne Kampf kein Sieg! Dieses Wort behält alle Zeit seinen Wert. Unsere Forderungen sind teils solche der Gegenwart, anderenteils solche der Zukunft. Wer an der Gegenwart arbeitet, arbeitet aber auch an der Zukunft.

Die hier zu Euch sprechen, verspüren die Tuberkuloseerkrankung am eigenen Leibe, also es sind keine Theoretiker, sondern selbst Interessenten. Wenn Ihr zu Euren eigenen Leidensschwermern und -brüdern kein Vertrauen habt, zu wem wollt Ihr es dann haben? Also heraus aus Eurer Nierde, schließt die Reihen, werdet aktive Kämpfer zu Eurer Gesundung. Viele Sorgen gemeinsamer Natur sind es, welche uns alle drücken!

Also Leidensgenossen in den Heilstätten oder wo Ihr Euch sonst befinden möget, tretet sofort mit uns in Verbindung. Das wei-

teren richten wir unseren Aufruf an alle diejenigen, welche sich in einzelnen Städten und Orten bereits schon zu Vereinen von Lungenkranken zusammengeschlossen haben. Wir müssen uns zu einem großen Ganzen zusammenschließen, so wie unsere Krankheit etwas für uns gemeinsames ist, muß die Abwehr dieser Krankheit unsere gemeinsame Sache sein.

Also seht Euch alle mit uns sofort in Verbindung, damit wir uns durch sofortige Ausprägung über diese Angelegenheit verständigen können. Wir wollen keine Kirchturnspolitik und Vereinsmeierei treiben, sondern von der Größe unseres gemeinsamen Zieles wollen wir uns leiten lassen.

Vielleicht können wir auf einem Kongreß der Tuberkulose-Erkrankten in sachlicher Aussprache die Wege ableiten, welche wir gemeinsam beschreiten müssen, um unser gemeinsames Ziel erreichen zu können.

Des Weiteren noch ein Wort an die Patiententräte derjenigen Heilstätten usw., welchen ihr Schuh- und Kleidergeld in Abzug gebracht worden ist. — Wir beabsichtigen eine Konferenz einzuberufen, welche am 18. April tagen soll und von Delegierten dieser verschiedenen Heilstätten besetzt werden muß, um diese Angelegenheit gemeinsam regeln zu können. Außerdem teilen wir noch mit, daß die Zeitung „Sonnenlicht“ nicht Organ des Verbandes ist. Der Verband gibt in kürzester Zeit eine Verbandszeitung heraus. Damit die Zeitung in die Hände aller Leidensgenossen gelangt, müssen uns die Adressen mitgeteilt werden. Alle Mitteilungen und Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden des Verbandes Paul Hennig, Berlin NW 87, Willestr. 36, 2 Tr.

Die Regelung der Kohlenverteilung

Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Mit dem Beginn der neuen Heizperiode 1921/22 am 1. April 1921 tritt gleichzeitig die Verordnung über die Kohlenverteilung für Hausbrand, Kleingewerbe und Landwirtschaft in Berlin vom 30. März 1921 in Kraft. Die Verordnung regelt eingehend die Verpflichtungen der Kohlenhändler gegenüber dem Kohlenamt und den Verbrauchern, die Mengenerklärungen, Ein- und Ausfuhr, ferner die Kohlenlieferung der Verbraucher und zwar Rücken- und Ofenbrand, die Berechtigung zum Besuze von Kohlen- und Sonderarten, Untermerkmale, Kofskarten, Sonderzustellungen, die Ausgabe und die Zustellung der Karten, ferner die Freigaben und die Kundenliste. Auch die Befreiung der zentralen Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen wird einer umfassenden Neuregelung unterzogen und weiter die Kohlenlieferung der Gewerbebetriebe und der Landwirtschaft für die neue Heizperiode festgelegt. Die Zuständigkeit der neuerrichteten Bezirkskohlenstellen wird ebenfalls bekanntgegeben. Alle Anträge auf Sonderzustellungen und Sonderkarten, die u. a. bei schwerer akuter Krankheit, bei schwerer chronischer Krankheit, an Wöchnerinnen und für die Säuglingspflege ausgegeben werden dürfen, sind an die zuständigen Bezirkskohlenstellen zu richten.

Durch die neue Verordnung wird auch die Abgabe von Warmwasser einer Neuregelung unterzogen, und zwar ist bei Vorhandensein von zentralen Warmwasserbereitungsanlagen in Grundstücken mit Mieträumen, in Hotels und Pensionen die Abgabe von Warmwasser an Werttagen in der Zeit von 1 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags zulässig. Die Abgabe von Warmwasser zu anderen Tageszeiten ist verboten. Die völlige Einstellung der Warmwasserlieferung ist nur nach schriftlicher Genehmigung des Kohlenamts Berlin zulässig. Die Warmwasserabgabe in Brauereibetrieben ist verboten. Vom 1. April 1921 ab dürfen Braunkohlenbräuker nur von demjenigen Kohlenhändler bezogen werden, in dessen Briefkastendruckliste für 1921/22 der Verbraucher eingetragen ist.

Rückkehr Berliner Kinder aus Schweden

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Abteilung Schwedische Hilfe beim Roten Kreuz wird uns mitgeteilt, daß von den am 2. Juli vorigen Jahres durch die Gewerkschaften zur Erholung nach Schweden geschickten Berliner Kindern am Montag, den 4. April, circa 75 Kinder zurückkehren werden. Der Zug tritt abends 9 Uhr auf dem Siedlitzer Bahnhof ein.

Da noch eine kleine Zahl von Kindern den ganzen Sommer über in Schweden verbleiben wird, uns aber keine namentliche Liste der zurückkommenden Kinder übermittelt wurde, ist es unmöglich, die Eltern der zurückkehrenden Kinder vorher schriftlich

sei. Peter versprach, das Geld in einem sicheren Versteck zu lassen, bis er seine Aufgabe erfüllt habe.

Dann aber warnte er seinerseits Mc Ginnery. Würde Jbetts sofort entlassen, so könnte dies Gerüchte verursachen und den Verdacht auf Peter lenken. Mc Ginnery entgegnete lächelnd, er sei nicht gestern auf die Welt gekommen. Sie werden Jads Jbetts „bestärken“, ihn eine Stelle geben, wo er nichts vom Goober-Jad hören kann. Nach einer geraumen Zeit werden sie etwas an seinem Verhalten auszufehen haben, ihm eine Falle stellen und sich so seiner entledigen.

Bei dieser Zusammenkunft und bei den folgenden Zusammenkünften besprachen Peter und der rättselgeschichtige Mann alle Einzelheiten des Goober-Falles, der immer komplizierter und bedeutsamer wurde. Neue Leute wurden hineingerufen, neue Probleme aufgeworfen, es war aufregender, als eine Partie Schach. Mc Ginnery hatte die Wahrheit gesprochen, da er sagte, der große Trust habe eine Million Dollars ausgelegt, um Goober und seine Anhänger an den Galgen zu bringen. Am ersten Tag bereits waren für Informationen hunderttausend Dollars versprochen worden und natürlich fanden sich viele, die das Geld verdienen wollten. Unglücklicherweise war das Vorleben der meisten derart, daß es das Miktrauen der Geschworenen erweckt hätte: die Frauen waren fast ausschließlich Prostituierte, die Männer einseitige Juchthäuser, Fälscher, Spieler. Mitunter verheimlichte diese Zeugen ihre Vergangenheit bis die Gegenpartei sie ausspürte, dann mußten Dokumente gefälscht werden, und es ergab sich die Notwendigkeit, im ganzen Staaten verborgenen Fäden zu ziehen.

Bisher waren ein Duzend derartiger Zeugen im Goober-Prozess aufgetreten. Sie hatten vor den Geschworenen ihre Aussagen gemacht, unzählige Widersprüche und Lügen waren entdeckt worden, die Guffey und seinen Gehilfen viel Ärger und Arbeit verursachten. Das Unglück wollte es, daß Jim Goober und dessen Frau den Einzug von einem Dach aus angesehen hatten, genau zu der Stunde, in der sie, der Anklage nach, die Bombe geworfen haben sollten. Jemand hatte von dem betreffenden Dach aus den Zug fotografiert, auf das Bild war auch eine große Uhr gekommen, die sich aufen an einem Juwelierladen befand, und genau die Minute angab, da Goober und die Seinen auf dem Dach waren. Glücklicherweise hatte sich die Staatsanwaltschaft der Photographie bemächtigen können; nun aber hatte auch die Gegenpartei von deren Existenz gehört und verlangte sie zu sehen. Die Staatsanwaltschaft wagte nicht, das Bild, dessen Existenz bewiesen werden konnte, zu zerstören, doch ließ sie die Photographie so lange abphotographieren und retouchieren, bis die Zeiger der Uhr nicht mehr recht zu unterscheiden waren. Die Gegenpartei suchte nun mit allen

Mitteln die Fälschung nachzuweisen; all dies bedeutete endlose Spionage und Gegenspionage.

Auch die Entlastungszeugen waren der Staatsanwaltschaft äußerst unangenehm. Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß etwa ein halbes Duzend Leute gesehen hatten, daß die Bombe vom Dach des Guggenheimer-Warenhauses geschleudert worden war, und dies widerstand völlig der Theorie der Keiselatase, auf der die Anklage basierte war. Nun galt es, an die Entlastungszeugen „heranzukommen“. Der eine hatte vielleicht eine Hypothek auf seinem Haus, die angekauft und gefündigt werden konnte, des anderen Frau wollte sich vielleicht von ihm scheiden lassen, und wäre bereit, ihm einen bösen Streich zu spielen, ein dritter mochte in eine Intrigue mit der Frau eines anderen verwickelt sein, oder man konnte ihn durch eine Frau in eine Intrigue verwickeln.

Auch war erwiesen worden, daß Guffeys Leute sofort nach der Explosion das Trottoir und die Mauer des Hauses, wo die Explosion stattgefunden hatte, aufgerissen und zerstört hatten. Dies geschah, um die Theorie der Keiselatase wahrscheinlicher zu gestalten, und der angerichtete Schaden war in unzähligen Photographien festgehalten worden. Jetzt aber stellte es sich heraus, daß jemand die Explosionsstelle fotografiert hatte, bevor dieser weitere Schaden angerichtet worden war, und daß sich die Gegenpartei im Besitz dieser Photographie befand. Wer hatte diese Aufnahme gemacht, wie konnte man an ihn „heranzukommen“? Wenn Peter in diesen verschiedenen Angelegenheiten zu nützen verstände, könnte er ein reicher Mann werden.

Peter verließ Mc Ginnery, den Kopf voller Visionen, und verwendete alle seine Fähigkeiten auf das Sammeln von Informationen. Er sprach mit Jennie und Sadie unentwegt über den Fall, und Jennie und Sadie berichteten alles, was sie erfahren hatten. Andere kamen ins Haus, der junge Mc Cornid, Miriam Jankowitsch und Fräulein Rebbins, Andrews Sekretärin. Auch diese berichteten, was sie erfahren hatten, was sie glaubten und hofften. Sie hatten den Bletter des Mannes entdeckt, der die Photographie vom Dach aus aufgenommen hatte, dieser Bletter sollte nun versuchen, den Photographen zu überreden, er möge die Wahrheit sagen. Einmal erschien auch Donald Gordon äußerst niedergeschlagen, einer der wichtigsten Entlastungszeugen, ein Kolonialwarenhandlender, hatte sich schuldig bekennen müssen, einmal verdorbenen Käse verkauft zu haben. Allabendlich, bevor er sich zur Ruhe begab, machte Peter Notizen, näherte die Fäden in seinen Kopf ein. Ein bis zweimal die Woche traf er mit Mc Ginnery zusammen, und die beiden besprachen die Wichtigkeit von Peters Mitteln. (Fortsetzung folgt.)

zu benachrichtigen. Wir bitten deshalb auf diesem Wege alle Eltern, der seit dem 2. Juli in Schweden befindlichen Kinder, sich zum Empfang der Zurückkehrenden rechtzeitig auf dem Stettiner Bahnhof einzufinden. Da erfahrungsgemäß die Kinder meist sehr viel Gepäck mitbringen, ist es besser, einzelne Eltern kommen persönlich, als daß die Kinder ohne Hilfe der Angehörigen sich in Berlin weiterhelfen müssen.

Milchlieferung. Am Sonnabend, den 2., Sonntag, den 3. und Montag, den 4. April 1921, werden die „OI“ und „OII“ Karten mit je 1/4 Liter Freischmilch beliefert. Die „OI“ Karten werden am 2., 3. und 4. April 1921 mit je 1/4 Liter Freischmilch beliefert. Die Krankenkarten werden an den obengenannten Tagen voll beliefert. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden soweit sie nicht bereits dem Milchwirtschaftsamt Berlin angeschlossen sind.

Die 74. Protokommission. Rigauer Straße 82, wird am 16. April d. Js. aufgelöst. Die Versorgung der Einwohner mit Lebensmittelkarten des Stadtbezirks Nr. 181 E wird in der 75. Protokommission, Jellestr. 12, die Versorgung der Einwohner des Stadtbezirks 181 I in der 76. Protokommission, Samariterstr. 20, ab 18. April vorgenommen.

Strasensperre. Die Blücherstraße zwischen Blücherplatz und Borsener Straße ist am 1. April für den durchgehenden Fußverkehr auf die Dauer von zwei Monaten gesperrt worden.

Das Postmuseum ist, nachdem es während der Wintermonate geschlossen war (wegen Mangel an Heizmaterial) vom 1. April wieder geöffnet. Die Besuchszeit ist, mit Ausnahme von Mittwoch und Sonnabend, an welchen Tagen die Räume geschlossen bleiben, auf 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Nach einer Mitteilung der Verkehrs-Zeitung haben die Ausstellungen des Reichspostmuseums in der Zwischenzeit eine Neuordnung und Ergänzung erfahren. Ramentisch haben die Erinnerungsfunde an die Deutsche Feldpost eine Ergänzung durch Schaukäufe, Gerätschaften und Lichtbilder aus dem Wirken der Deutschen Feldpost im Kriege 1914-18 und durch eine Sammlung alter Feldpostbriefe, beginnend aus der Zeit des 30-jährigen Krieges bis zum Kriege 1870-71, erfahren. Der Besuch des Museums, der besonders für Sammler sehr lohnend ist, ist unentgeltlich.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr, beginnt in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, der Kursus des Genossen Dr. Löwenstein, Erörterung praktischer Schul- und Erziehungsfragen vom sozialistischen Standpunkt aus.

4. Verwaltungsbezirk, Prenzlauer Tor. Die Einführung des Bürgermeisters und der befristeten Stadträte findet heute Sonnabend, abends 8 Uhr, in der Hedder-Realschule, Weißburger Straße, statt.

Kraubierfall am Reichstagsufer. Am heiligsten Tage wurde vorgestern in der Nähe des Reichstages ein Raubüberfall verübt, dem die 52jährige Händlerin Anna Schmidt aus der Rechner Straße 9 zum Opfer gefallen ist. Die Ueberfallene, die mit ihrem Bruder in der Fruchtstraße ein Geschäft betreibt, befand sich gestern auf dem Wege zu einer Kohlenfirma am Reichstagsufer, um dort eine Lieferung in Höhe von 65 000 M. zu bezahlen. Als sie die Ecke des Reichstagsufers und der Sommerstraße erreicht hatte, griff ihr plötzlich ein junger Mensch an das Handgelenk und hielt sie fest. Jenseitig versteckte er ein zweites Mann, den sie zunächst nicht gesehen hatte, einen Schlag auf den Rücken, der die Lungengegend traf und so heftig war, daß ihr auf einen Augenblick der Atem ausging. Die Ueberfallene konnte sich jetzt nicht mehr zur Wehre setzen. Als sie sich wieder erholt hatte, sah sie die Räuber mit der Affentatze, in der sich das Geld befand, in der Richtung nach dem Tiergarten davonlaufen. Einen dritten jungen Mann, den sie in der Nähe sah, machte sie auf die beiden aufmerksam und bot ihm, sie zu verfolgen. Das tat der Mann auch, aber wohl nur zum Schein. Auch er verschwand und kam nicht wieder.

Ein großer Fleischdiebstahl wurde gestern morgen auf dem Wege vom Stettiner Bahnhof nach der Markthalle am Alexanderplatz verübt. Der Schlächtermeister Georg Hähne, der in dieser Halle einen Stand hat, beauftragte einen Küster Fritz Dohow, ihm 35 geschlachtete Schweine und Rälber, die aus Mälsin in Mecklenburg angekommen waren, nach seinem Stand zu beforgen. Der Küster verlor auch das Fleisch, verschwand aber damit und ließ sich in der Halle nicht mehr sehen. Wahrscheinlich hat er die ganze Ladung, die 60 000 M. wert ist, bereits verschoben. Der Bestohlene setzt auf seine Erziehung und die Wiederbeschaffung des Fleisches, das den Stempel Mälsin trägt, eine hohe Belohnung aus. Das mitverschundene Fuhrwerk ist ein brauner Schlächterwagen mit einem braunen Pferd, das am rechten Bein ein dickes Knie hat. Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Neue Gewalttate. In der vergangenen Nacht gegen 2 1/2 Uhr versuchten mehrere Männer in das Werk der Firma Ludwig Leuchte u. Co., Hüttenstr., einzudringen. Sie hatten zu dem Zweck Patronen über den Stadeldrahtzaun gelegt. Als sie die Arbeitsräume betreten wollten, um an den Maschinen Sabotage zu verüben, wurden sie von den Arbeitern der Kachischki bemerkt und vertrieben. In einem Raum des Werkes fand man beim Abkühlen mehrere Handgranaten und einen Ladestreifen mit Patronen gefüllt. Der Fund wurde der Polizei übergeben. — Auf dem Grundstück der A. E. G. in der Hüttenstraße haben unbekannt gebliebene Personen versucht, einen Transformator durch Hineinwerfen von Nägeln außer Betrieb zu setzen. Augenblicklich handelt es sich um einen Racheakt entlassener Arbeiter.

Waffenfunde. Im Hause Bueselstr. 30 wurden gestern abend drei Gewehre, Modell 98, ein Karabiner, ebenfalls Modell 98, ein Karabiner, Modell 88, zwei Maschinengewehrmaschinen mit 143 M. G. Patronen und 1225 M. G. Patronen aufgefunden und von der Polizei beschlagnahmt. Woher die Waffen stammten, konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Gewerkschaftliches

Maler und Lackierer

U. S. P.-Kollegen! Am Montag, den 4. April, findet die Vorstandswahl statt. Da von den Gewerkschaftsmitgliedern alles aufgegeben wird, um die Herrschaft der Wollstauer Richtung durchzudrücken, werden die Kollegen der U. S. P. ersucht, pünktlich zur Stelle zu sein.

Auflösung eines Bezirksvereins

Durch die kommunistischen Umtriebe innerhalb der Gewerkschaften erwies es sich als notwendig, einzelne Ortsgruppen verschiedener Verbände aufzulösen. Das Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der „Grundstein“, berichtet in Nummer 13 den Mitgliedern des Verbandes die bedauerliche Tatsache, daß der Verbandsvorstand vom Verbandsbeirat ermächtigt wurde, den Bezirksverein Chemnitz aufzulösen. Der Verbandsvorstand konnte die Führung der Vereinigung dem Bezirksvorstand nicht länger überlassen, und so wurde erst beschlossen, den Bezirksverein kommissarisch zu verwalten zu lassen und mit der Durchführung einer Funktionärwahl beauftragt. Der dazu bestimmte Kollege Töpfer wurde aber gewaltsam daran verhindert, seine Tätigkeit aufzunehmen. Das Bureau wurde gewaltsam erbrochen und eine Versammlung, die zur Neugründung eines Vereins angelegt war, durch eine eingedrungene Sprengkolonne verhindert. Der Verbandsvorstand hat deshalb für Chemnitz eine Zählstelle für Einzelmitglieder im Volkshaus errichtet.

Es wird darauf hingewiesen, daß alle bisherigen Mitglieder, sofern sie das Verbandsstatut und die Beschlüsse der Verbandstage anerkennen, ihre Mitgliedschaft fortsetzen können, um sich so ihre erworbenen Rechte zu sichern. Die Wiederanmeldung muß aber innerhalb der festsitzenden Frist erfolgt sein. Es wird weiter mitgeteilt, daß der Raub der Verbandsbeitragsmarken als eine strafbare Handlung anzusehen ist, und daß falsche Karten für die Anrechnung der Mitgliedschaft ohne Wert sind. Durch die Auflösung des Bezirksvereins sind auch viele Zahlstellen betroffen worden. Die Mitglieder dieser Zahlstellen müssen in Verammlungen Stellung nehmen, ob sie wieder einen selbständigen Verein oder nur eine Zahlstelle für einzelne Mitglieder errichten wollen.

Öffentlich erkläre ich, weitere Auflösungen von Ortsgruppen vorzunehmen, wenn wir auch glauben, daß der Tag der Einsicht bei den Kommunisten noch nicht gekommen ist.

Optiker gegen Moskau

Am Mittwoch, den 30. März 1921, tagte im Bürgerloal des Rathauses Friedenau eine sehr gut besuchte Betriebsversammlung der Optischen Anstalt der Firma C. S. Goertl. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kurzarbeiter und Arbeitslosenfrage und 2. Hebung der schlechtbezahlten Arbeit. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von kommunistischer Seite beantragt, als Punkt 1 Stellungnahme zum Generallstreik zu legen. Dieser Antrag wurde mit sehr großer Majorität abgelehnt. Nach sehr lebhafter, teilweise erregter Aussprache, in welcher die Kommunisten versuchten, ihre Stellung zum Generallstreik zur Geltung zu bringen, stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß unbedingt in allerhöchster Zeit etwas positives zur Lösung der Arbeitslosenfrage geschehen müsse, wenn man es vermeiden wolle, daß ein ganzes Volk in Not und Entbehrung in der kapitalistischen Barbarei untergehe. Als gangbarer Weg betrachtete die Versammlung die von dem D. O. B. der Ufa und den Zentralleitungen der politischen Parteien aufgestellten zehn Punkte und nahm gegen vier Stimmen eine Entschließung an, die sich hinter diese Forderungen stellt, um die in Vorschlag gebrachte Aktion restlos zu unterstützen.

Ein Antrag der kommunistischen Partei, in den Generallstreik einzutreten, wurde gegen 50 bis 60 Stimmen von insgesamt circa 800 bis 900 Anwesenden abgelehnt. Bei Punkt 2 kam einstimmig der Wille zum Ausdruck, daß es Pflicht der besserbezahlten Arbeiterkategorie sei, die schlechterentlohnenden zu einer menschenwürdigen Erziehung zu verhelfen. Wenn es kein muß, durch Solidarität, wenn letztere allein zu schwach seien, sich aus eigener Kraft zu helfen, um letzten Endes aus diesem bedrückenden unwürdigen kapitalistischen Zwangsjoß herauszukommen.

Es ehrt die Belegschaft dieser Firma, einen solchen altruistischen Beweis für ihr Solidaritätsempfinden, den wirtschaftlichen Schwächeren zu helfen, an den Tag gelegt zu haben.

Arbeitslosigkeit in der Konfektion

Auch die Industrie der Bekleidungsbranche leidet an einer Arbeitslosigkeit, über die der Verband der Bekleidungsarbeiter folgende Zahlen angibt, die mit dem 1. März abschließen:

Es haben 170 Filialen mit 41 214 männlichen und 60 487 weiblichen Mitgliedern berichtet. Am Schluß des dritten Quartals 1920 waren in 351 Filialen 64 900 männliche und 78 570 weibliche, zusammen 143 700 Mitglieder vorhanden; es ist demnach über 76 Proz. der Mitglieder berichtet. In 52 Filialen mit 2820 männlichen und 1644 weiblichen Mitgliedern waren Arbeitslose und verlor: Arbeitende nicht vorhanden. Sinegenen waren in 118 Filialen mit 38 894 männlichen und 58 793 weiblichen, zusammen 97 687 Mitgliedern, 1405 männliche = 3,6 Proz. und 1215 weibliche = 2,1 Proz., zusammen 2620 Mitglieder = 2,7 Proz. arbeitslos. Verfügt 1 arbeiteten 2778 männliche = 7,2 Proz. und 3669 weibliche = 6,2 Proz., zusammen 6447 Mitglieder = 6,6 Proz. Unter Berücksichtigung des ganzen Monats Februar anhaltenden Streiks in der Herrenkonfektion ist gegenüber dem Monat Januar eine starke Vermehrung der Arbeitslosigkeit zu konstatieren.

Weiterführung des Streiks der Handelshilfsarbeiter

Die streikenden Handelshilfsarbeiter nahmen am Freitag, den 1. April 1921, mittags den Bericht über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband entgegen. Nachdem eine Verständigung über die Wiedereinstellung der Streikenden erzielt wurde, haben die Arbeitgeber eine Erhöhung des Lohnes für die Verheirateten mit Kindern von 15 M. und für die Verheirateten ohne Kinder von 10 M. pro Woche zugesagt. Für die Unverheirateten und Jugendlichen lehnten die Arbeitgeber jede Lohnhöhung ab. Der Streikspruch, den die Arbeitgeber abgelehnt hatten, sieht eine Erhöhung aller Löhne von 15 Prozent vor.

Das Angebot der Arbeitgeber hat eine große Erregung und Erbitterung unter den Streikenden hervorgerufen. Alle Redner erklärten, daß der Streik weitergeführt werden muß und zwar jetzt mit verhärteten Mitteln. Eine Abstimmung per Stimmzettel, ob der Streik weitergeführt werden soll, ergab 1305 Stimmen für Weiterführung des Streiks und 181 Stimmen für Arbeitsaufnahme.

Eine große Anzahl Firmen haben sich seit Mittwoch um besondere Vereinbarungen in Höhe des gestellten Schiedspruches bei der Organisation gemeldet, mit diesen Firmen sollen nunmehr die Vereinbarungen abgeschlossen werden.

Aus Sieberts Reich

Das Reichspostministerium erläßt unterm 12. März 1921 eine längere Verfügung, nach welcher festgestellt werden soll, welche Arbeitnehmergruppen aus der Vertretung durch die Betriebsräte auszuschließen und in Zukunft ihre Vertretung durch die Beamtenausschüsse wünschen.

Wir wollen nicht veräumen, auf die Gefahren hinzuweisen, die den Angestellten durch eine derartige Maßnahme erwachen. Falls das R. V. M. verfügt, daß die Angestellten in Zukunft durch die Beamtenausschüsse vertreten werden, finden die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes keine Anwendung mehr. Vor allem geht das Bestehen des R. V. M. daraus hinaus, die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse auf Grund der §§ 84 ff. des Betriebsrätegesetzes unmöglich zu machen.

Kolleginnen und Kollegen! Auf die Kundfrage des R. V. M. und der O. V. D. kann es nur eine Antwort geben:

Ablehnung der Vertretung durch die Beamtenausschüsse! Beweist der Behörde, daß ihr nicht gewillt seid, euch die Rechte aus dem R. V. M. ohne weiteres nehmen zu lassen, sorgt dafür, daß bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen überall freigeberische Listen gewählt werden.

Arbeiterproff

Arb.-Kad.-Fund „Solidarität“

Leuzen für Sonntag, den 3. April

1. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
2. Uhl. Nach 6 Uhr nach Berlin: Kahlmütze nach Wannsee (Niederschlag); Start 1 Uhr, Zielamt 15.
3. Uhl. Nach Berlin: Start 7 Uhr, Zielamt 15.
4. Uhl. Streikzüge durch den Grenzwall (Kahlmütze); Start 7 Uhr, Zielamt 15.
5. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
6. Uhl. 7 Uhr nach Berlin: Kahlmütze nach Königsberg (Wag); Start 1 Uhr, Zielamt 15.
7. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
8. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
9. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
10. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
11. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
12. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
13. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
14. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
15. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.

Aus den Organisationen

Sonntag, 3. April

1. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
2. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
3. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
4. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
5. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
6. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
7. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
8. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
9. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
10. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
11. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
12. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
13. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
14. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.
15. Uhl. Nach Berlin: Start 1 Uhr, Zielamt 15.

Vereinskalender

Sonnabend, 2. April

Wieder-Verein Schöneberg, abends 8 Uhr öffentliche Miterversammlung im Reichshilfs-Kongresssaal, Kadenstraße, Friedenauer Ortsteil.

Rechtswertlich für die Redaktion: Emil Kahlert, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kahlert, Berlin. — Verlagsanstalt: „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei e. G. m. b. H., Berlin O 2, Breite Str. 6-8.

Soeben erschien:

Agrarfrage und Sozialismus

Von Alexander Stein

Preis 2.50 Mark.

Organisationen Preisermäßigung.

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin O 2

Verzeichnis der „Freiheit“-Expeditionen

Zentrum: Hauptexpedition, Breite Str. 8-9
Norden: Frank, Wenter Str. 34; Fritz Wilsche, Pankestr. 60; Zachmann, Stargarder Str. 18; Rohmann, Hüttenstr. 43; Wust, Johannistr. 9
Nordwesten: Franzen, Althofstr. 2
Nordosten: Berner, Großwälder Str. 29; Wust, Schwedler Str. 23
Osten: Bengels, Gädler Str. 11; Kolbe, Weberstr. 25
Südosten: Sinner, Kallher Str. 101
Westen: Marie Böring, Strinmehstr. 23
Süden: Jordan, Rest, Dresdener Straße 24; Krüger, Wasserstr. 41 (Keller); Schäfer, Gneisenaustr. 70
Udlerhof: Hädtke, Kleingartenweg 8
Baumgartenweg: Hoffmann, Schraderstr. 11
Berna: Profe, Mühlstr. 7
Biesdorf: Wänsch, Parzener Str. 26
Blankenburg-Kühn: Senz, Schönhauser Str. 11
Bohnsdorf-Grünau: Priebe, Paradiesstr. 12

Vorkwalle: Gebauer, Schubertstr. 32
Wrig: Wittig, Chausseestr. 89
Bruchmühle: Kr. Niederbarim: F. Drenk, Buschholzer Str. 52
Charlottenburg: F. Sterniker, Adnig-Waldstr. 8b; Köhler, Wallstr. 90
Eberswalde I. M.: May, Gähwerner Str. 18
Eichwalde: Köhler, Bahnhofsstr. 89
Erkner: Barzellan, Mittelstr. 20
Falkenberg, Alt-Öllendick: Hoffmann, Bruchstr. 49
Fichtenau bei Rahnsdorf: S. S., Kräfte, Waldstr. 28
Friedensdorf: Rechenberg, Lange Str. 15
Friedenau: Petermann, Meinerstr. 28, Ecke Rönnebergstraße
Friedrichsfelde: Furmann, Viktorstr. 1
Friedrichshagen: S. S., Kurze Str. 1
Grünau: Schöndes, Adenicker Str. 22
Heinersdorf: Wänsch, Kaiser-Wilhelm-Str. 9
Hennigsdorf: Korbanick, Kienhauerstr. 3
Hermdorf: Sorauer, Wankendorfer 5
Herzfelde: R. Smolicki, Dausstr. 75
Hohenneuendorf: Schmeier, Jägerstr. 53
Hohenschönhausen: nach Exped. Weissenf., Langhansstraße, S. S.
Johannisthal: Rieper, Friedrichstr. 38
Kalkberge: Harband, Friedrichstr. 38, Sozial
Karlshorst: Lehmann, Dönhofsstr. 34

Kaulsdorf: Scholz, Dohstr. 8
Königsweiserhagen: Köhler, siehe Wilbau
Köpenick: S. S., Schlag, Rieger Str. 8
Lichtenberg: W. Lewin, Tiedorfer Str. 25; Paul Schulz, Mittelstr. 80; Stimming, Weichselstraße 28
Lichtenrade: S. S., Viktorstr. 8
Lichterfelde: S. S., Kaiser-Wilhelmstr. 8
Lichterfelde-Ost: S. S., Hindenburgdamm 85
Mahlsdorf: Wierens, Wilhelmstr. 1
Marienthal: S. S., Chausseestr. 29
Marienfelde: Wänsch, Kalkstr. 27
Mittelwäldchen: Berlin: Katinowstr. 3, Sigmundstr. 9
Neuenhagen: S. S., R. Wänsch, Siegelstraße
Neukölln: Krüger, Wänsch Str. 32
Wies, Redarstr. 8
Niederlehndorf: Bronka, Meißnerstr. 23
Niederlehndorf: Seeger, Gadenstr. 65
Nowawes: Langsch, Kalkstr. 8
Oberschöneweide: Kaul, Wilmardstr. 26
Oranienburg: Kranz, Fischerstr. 6
Pankow: Spielermann, Mühlstr. 20
Potsdam: Staab, Schwertfegerstr. 2
Rahnsdorf: Priebe, S. S., 89
Reinickendorf: Dohr, Residenzstr. 126
Reinickendorf-West: S. S., Schillingstr. 20
Rosenthal: Wänsch, Riederstr. 3
Schmargendorf: Wänsch, Breite Str. 3
Schöneberg: S. S., Weigertstr. 27

Siemensstadt: S. S., Nonnenbamm 92c
Spandau: S. S., Lindenufer 34
Stanken: S. S., Ruseau, Schiedstr. 12
Stralau: S. S., Adlerstr. 2
Steglitz: Berner, Kommissarstr. 59
Süden: Zwischert, Brandenburgstr. 7
Tegel: S. S., Brunowstr. 48
Teitow: Köhler, Mahlsdorferstr. 57
Tempelhof: Köhler, Oberlandstr. 4
Wilmersdorf: S. S., Kaiser-Wilhelm-Str. 18
Treptow: Weich, Pfefferstr. 1
Wittenberg: Köhler, Lützenstr. 40
Waldmannsdorf: Ernst Egg, Platenerstr. 12
Weißensee: S. S., Langhansstr. 119
Wilbau: Köhler, Wänschstr. 11
Wilmersdorf: Köhler, Wänschstr. 24
Wilmersdorf: S. S., Köhler, Volkstempelstr. 19
Wittenau: S. S., Oranienburger Str. 82
Zehlendorf: S. S., Regenstr. 10
Zentrum: Köhler, Bahustr. 2

Waggonpreis für die „Freiheit“ bei täglich zweimaligen Erscheinungen Mk. 10.—, bei dreimaligen Erscheinungen Mk. 15.—, bei viermaligen Erscheinungen Mk. 20.—, bei fünfmaligen Erscheinungen Mk. 25.—, bei sechsmaligen Erscheinungen Mk. 30.—, bei siebenmaligen Erscheinungen Mk. 35.—, bei achtmaligen Erscheinungen Mk. 40.—, bei neunmaligen Erscheinungen Mk. 45.—, bei zehnmaligen Erscheinungen Mk. 50.—, bei elfmaligen Erscheinungen Mk. 55.—, bei zwölfmaligen Erscheinungen Mk. 60.—, bei dreizehnmaligen Erscheinungen Mk. 65.—, bei vierzehnmaligen Erscheinungen Mk. 70.—, bei fünfzehnmaligen Erscheinungen Mk. 75.—, bei sechzehnmaligen Erscheinungen Mk. 80.—, bei siebenzehnmaligen Erscheinungen Mk. 85.—, bei achtzehnmaligen Erscheinungen Mk. 90.—, bei neunzehnmaligen Erscheinungen Mk. 95.—, bei zwanzigmaligen Erscheinungen Mk. 100.—

Wir bitten, dieses Verzeichnis aufzubewahren und bei den in demselben angeführten Expeditionen bei den Bestellungen der „Freiheit“, bei den Ausgaben von Anzeigen und bei den Wählereinstellungen in Anspruch zu nehmen. Wir werden jeder Art und an den Verlag direkt oder an die zuständigen Expedition zu richten. Der Verlag.